

## **Vorwort**

Auch zehn Jahre nach „Dayton“ sind in Bosnien-Herzegowina, in der Teilrepublik Kosovo<sup>1</sup> und in Mazedonien insgesamt rund 17.600 internationale Sicherheitskräfte (Militär und Polizei) stationiert. Die Garantie einer stabilen Sicherheitslage und der Schutz von Minderheiten kann von den nationalen Regierungen und ihren Sicherheitsinstitutionen, so scheint es, noch immer nicht hinreichend gewährleistet werden. Dies gilt insbesondere für Bosnien-Herzegowina und Kosovo, wo internationale Übergangsverwaltungen die staatlichen Sicherheitsfunktionen übernehmen. Aus diesem Grund fokussieren die Diskussionen und Beiträge der Tagung diese beiden Länder, die gemäß der Europäischen Union dem westlichen Balkan zugeordnet werden.

Angesichts dieser andauernden enormen internationalen Präsenz ist die Frage nach den Veränderungsprozessen gerechtfertigt und wichtig, um den angefangenen Stabilisierungsprozess bis hin zur Eigenständigkeit fortzuführen. Die Tagung steht im Zeichen des zehnten Jahrestages des Friedensabkommens von Dayton und thematisiert genau diese Frage: Was hat sich seit 1995 verändert?

. Auch wenn Unruhen im März 2004, bei denen etwa 20 Personen starben und mehrere tausend Menschen flüchteten unter Beweis stellen, wie fragil die Sicherheitslage im Kosovo ist, bleibt festzustellen, dass die Region weit entfernt ist vom Ausmaß an Zerstörung und Gewalt der Kriege der 90er Jahre und ein gewisses Maß an Stabilisierung bereits stattgefunden hat. Wie die Diskussionen und Gespräche der Tagung zeigen, sind vor allem drei Punkte wesentlich, um den fortschreitenden Stabilisierungsprozess in der Region noch zu verstärken:

Erstens sollten *internationale militärische und zivile Organisationen* stärker als bisher Menschen und zivilgesellschaftliche Organisationen aus der Region in die politischen Entscheidungsprozesse einbeziehen. Durch eine verstärkte Zusammenarbeit von Mitgliedern internationaler Organisationen, Nicht-Regierungsorganisationen und der einheimischen Zivilbevölkerung würde die Legitimität und damit die Akzeptanz der politischen Entscheidungen erhöht.

---

<sup>1</sup> In diesem Tagungsband wird die serbische Bezeichnung verwendet; die albanische Variante lautet Kosova. Hiermit wird keine Parteilagerung intendiert, sondern lediglich auf die geläufigere Gebrauchsweise zurückgegriffen.

Um ihre Position in diesen Prozess einbringen zu können, müssten zweitens *lokale Gruppen* stärker ihre Forderungen formulieren und Verantwortung für den Entwicklungsprozess ihres Landes übernehmen. Hierzu ist es freilich notwendig, dass institutionelle Freiräume bestehen, die in Bosnien-Herzegowina beispielsweise erst noch geschaffen werden müssen. Drittens stehen die *europäischen Gesellschaften* in der Verantwortung, einen der wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Anreize, der zugleich eine der größten Motivationen für die politische Elite wie die Zivilbevölkerung der westlichen Balkanstaaten darstellt, aufrechtzuerhalten. Denn die stabilisierende Wirkung der Region durch die Aussicht auf einen EU-Beitritt kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Umgekehrt ist bei ausbleibenden Verhandlungen eine Destabilisierung der Region zu erwarten. Dies führte wiederum dazu, dass internationale Sicherheitskräfte noch auf lange Sicht hin in der Region stationiert bleiben.

Neben dem Ziel des Meinungsaustauschs von politisch Verantwortlichen aus Europa und der Region sowie FriedensforscherInnen sollte bei der Tagung Raum für subjektive Einschätzungen und Erfahrungen geschaffen werden. Mit dieser Absicht wurde der Kinofilm „No Man’s Land“ von Dennis Danovics gezeigt. Außerdem fand eine Lesung aus „Von den Kriegen“ von Carolin Emcke und ein Beitrag aus „Ein Hund läuft durch die Republik“ von Sanela Mesic statt.